



Schweizerisches

Sozialarchiv

Sachdokumentation

Signatur: KS 335/41c-11

www.sachdokumentation.ch

Nutzungsbestimmungen

Dieses Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv bereitgestellt. Es kann in der angebotenen Form für den **Eigengebrauch** reproduziert und genutzt werden (Verwendung im privaten, persönlichen Kreis bzw. im schulischen Bereich, inkl. Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der Nutzer, die Nutzerin selber verantwortlich.

Für Veröffentlichungen von Reproduktionen zu kommerziellen Zwecken wird eine **Veröffentlichungsgebühr** von CHF 300.– pro Einheit erhoben.

Jede Verwendung eines Bildes muss mit einem **Quellennachweis** versehen sein, in der folgenden Form:

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich: Signatur KS 335/41c-11

© Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstr. 12, CH-8001 Zürich
<http://www.sozialarchiv.ch>

erstellt: 15.05.2014

Katalogisiert

335

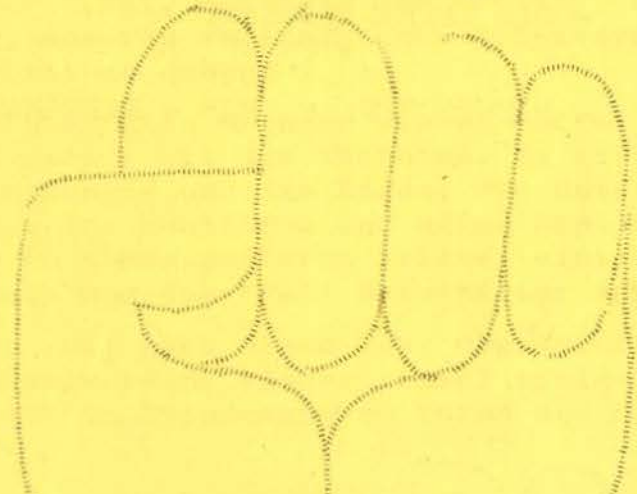
41C-11

Schweizerisches
Sozialarchiv



POLITISCHE
DOKUMENTE
N°4

SONDERNUMMER
1. MAI



HERAUSGEGEBEN
VON DER
REVOLUTIONÄREN
SOZIALISTISCHEN
BEWEGUNG
R S B

POSTFACH 2084
3001 BERN



INHALTSANGABE

- VORWORT
- FORDERUNGSKATALOG
- LEITSÄTZE UNSERER BEWEGUNG
- 1. MAI ?
- FRAGEBOGEN NR. 2
- DOKUMENTATION: EIN FLUGBLATT
- ALLE ARBEITER SIND FREMDARBEITER
- GUATEMALA: TERROR + WIDERSTAND
- DIE INTERNATIONALE
- DAZWISCHEN: c RSB - KARRIKATUREN

W O R W O R T

LIEBE LEHRTÖCHTER, LIEBE LEHRLINGE!

Es ist nun bereits das vierte Mal innerhalb eines knappen Jahres, dass wir mit einer "Politischen Dokumentation" an euch herantreten.

Die in diesem vergangenen Jahr erzeugten Reaktionen von Seiten der Lehrer und Firmenbosse, besonders aber die erfreulichen und besorgten Briefe von Lehrlingsseite zeigen uns, dass wir, von Ferne betrachtet, den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Von Nahe betrachtet aber machen wir vieles falsch. Nicht wissentlich, sondern gerade aus dem Unwissen heraus: immer noch fehlt es uns an Informationen, Kritiken, Mitarbeitern. Zwar sind wir bereits auf eine stattliche Zahl von Lehrlingen angewachsen; doch was weiss schon ein Koch von den Nöten und Schwierigkeiten eines Schlossers, ein Kunstgewerbeschüler von den Zwängen und Misständen bei den Metzgern? Was weiss ein Schüler der Lorraine-Gewerbeschule über den Betrieb im Steigerhubel, ein Schüler des Steigerhubels über die Gewerbeschule an der Herrengasse?

Deshalb findet ihr in diesem Dokument einen weiteren Fragebogen, der versucht, einige Lücken zu schliessen. Beantwortet ihn, tretet mit uns in Kontakt: wir sind keine Menschenfresser. Kritisiert gerade anhand dieses Fragebogens und dieses Dokumentes unsere Arbeit. Wir wünschen diese Kritik nicht deshalb, weil wir Kritik einfach schön und gesund, "aufbauend" und "positiv" finden, sondern weil wir lernen wollen.

Ein Gedanke, der die Haltung der RSB mitbestimmt, ist der Gedanke der "Internationalen Solidarität" mit allen unterdrückten Arbeitern dieser Erde. Die am 7. Juni zur Abstimmung gelangende sogenannte Schwarzenbachinitiative ist das pure Gegenteil eines solchen Gedankens. Gerade diese hinterwäldlerische Initiative soll uns aber ein Anlass sein, etwas über die Solidarität der Arbeiter über alle Grenzen hinweg nachzudenken: der 1. Mai, der "Tag der Arbeit", bietet uns die Gelegenheit, unseren ausländischen Arbeitern ein Zeichen dieser Solidarität zu geben.

Solidarität über alle Grenzen hinweg heisst aber nicht nur Solidarität gerade mit dem Nachbarn. Es ist eine Solidarität, die, wie der Hunger und das Elend, die Unterdrückung und die Ausbeutung, keine Hautfarbe und keine Distanzen kennt. Deshalb stellen wir in einem weiteren Artikel einige Überlegungen über Guatemala und den "Fall Botschafter Spreti" an.

Schliesslich soll nach einem Jahr der Arbeit nicht daran vorbeigegangen werden, wieder einmal einige "Leitsätze unserer Tätigkeit" in Erinnerung zu rufen und klarzustellen.

RSB

SEI LEHRLING UND SCHWEIGE !

Es ist gefährlich über unsere Probleme zu diskutieren und zu schreiben. Es ist strafbar, die erkannten Probleme in der Praxis zu kritisieren und danach zu handeln. Das Geschwätz der Herren, die sich um die Lehrlinge kümmern (Nickler, Müller, Mischler, Grossenbacher), das pseudolinke Geplauder an der Uni über junge Arbeiter und Lehrlinge und die lächerlichen Argumente der massgebenden Marionetten an den Berufsschulen interessieren uns erst in zweiter Linie. Was uns beschäftigt, ist unsere Situation, in der wir unsere Lehre absolvieren müssen.

Für jeden Lehrling bedeutet der Eintritt in eine Lehrstelle ein vollständig neuer Lebensabschnitt. Bis hierhin sind sich Lehrlinge und zuständige Personen normalerweise einig. Ab jetzt aber gehen die Meinungen auseinander. Wir, die Lehrlinge, kommen mit viel Idealismus und grossen Hoffnungen zu unsern Lehrmeistern mit dem guten Willen, unser Bestes zu leisten. Nach kurzer Zeit müssen wir aber feststellen: Die meisten unserer Erwartungen sind nicht eingetroffen. Mit unserem Eintritt in die Lehre sind wir nämlich nicht wie erhofft ein Verhältnis eingegangen, in dem gute Ausbildung an erster Stelle steht, sondern sind wir in eine Maschinerie geraten, in der nur noch Gesetze der Arbeitgeber, d.h. der Kapitalisten, gelten. Was nicht in die Norm passt, wird hier systematisch bekämpft. Denn was würden die riesigen Wirtschaftskonzerne unternehmen, wenn plötzlich Arbeiter- und Lehrlingsorganisationen da wären, die für ihre gerechten Forderungen in- und ausserhalb der Betriebe kämpfen würden? Unsere Wirtschaft würde eine gewaltige Umwandlung erleben. Denn sie kann ihre Monopolstellungen in Europa, in Amerika und in der Dritten Welt nur durch ihre ungerechte Politik, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung gemacht wird, aufrecht erhalten. Lehrmeistern, Behörden und Schulen sind all diese Dinge aber mehr oder weniger bewusst, und sind auf der Hut, von diesen Problemen auch nur ein Wort zu verlieren. Stattdessen werden Nebensächlichkeiten aufgebauscht (so wurde an einem Podiumsgespräch im Volkshaus von den bereits erwähnten Herren über das Feilen diskutiert, z.B. über Ferien und Löhne wurde kein Wort gesagt), um die wahren Hintergründe und gleichzeitig die schwachen Stellen zu verdecken.

Hier aber liegt gerade unsere Stärke: Beginnen wir ab heute noch mehr öffentlich über unsere Probleme zu sprechen, so können sie nicht mehr vertuscht werden.

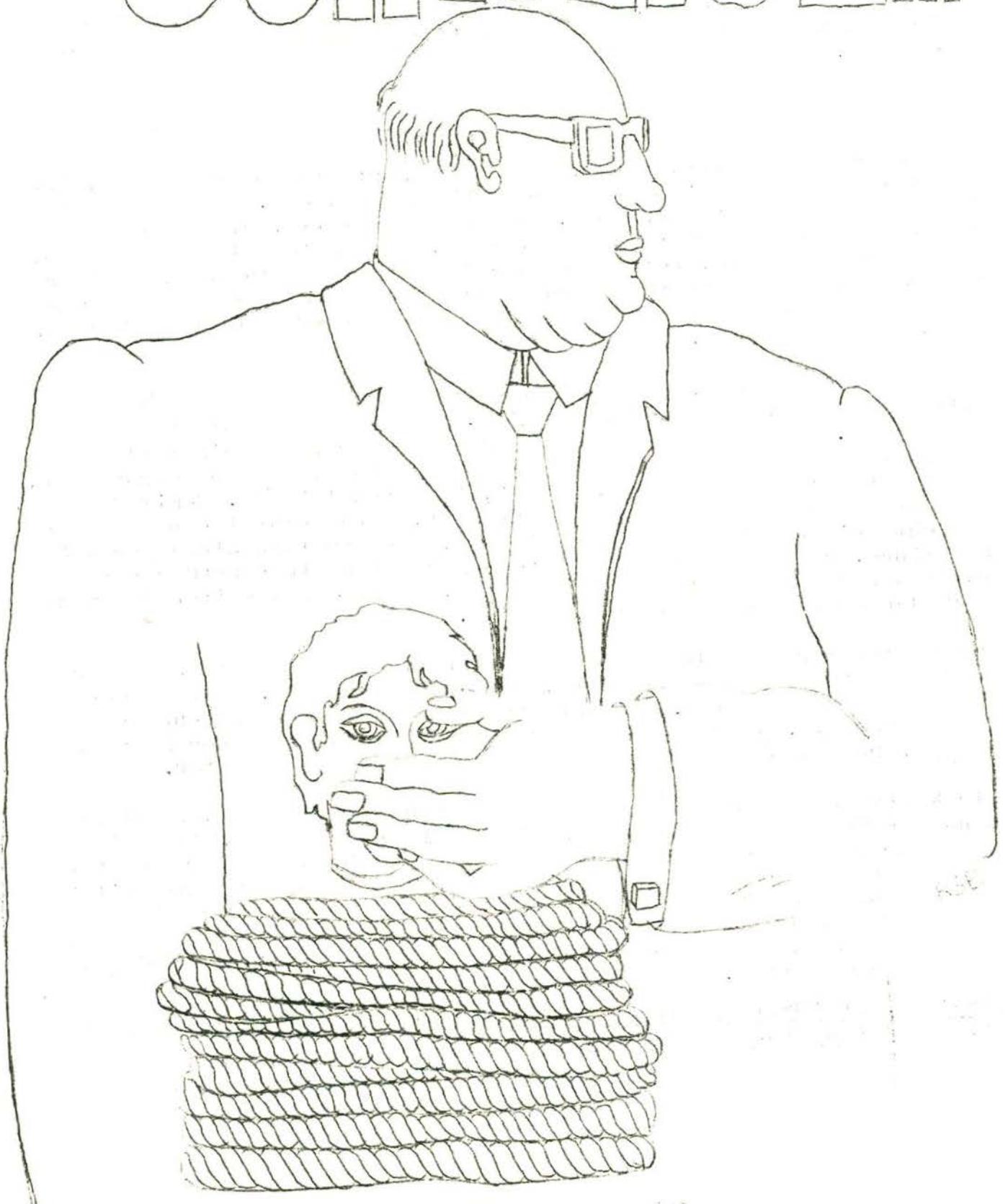
Formulieren wir unsere Forderungen zu Kampfparolen:

- Lehrlingsschutz inform einer Lehrlingsorganisation
- Mitbestimmung und Kontrolle im Schulbetrieb
- Mehr und bessere allgemein bildende Fächer (Lehrer!!!)
- Für die produktiv geleistete Arbeit gleicher Lohn wie ein Arbeiter, Angestellter usw. (gleicher Lohn für gleiche Arbeit!)
- Neun Wochen Ferien am Arbeitsplatz
- vermehrte und grosszügigere Stipendien

Organisieren wir uns zum Kampf gegen übermächtige Schulen-, Lehrmeister- und Behördenwillkür! Unsere Probleme sind aber nicht Sache Einzelner, sondern erfordern die Zusammenarbeit aller, die auf unserer Seite, bei den Lehrlingen stehen.

L e h r l i n g e a l l e r G e w e r b e , v e r e i n i g t
E u c h !!!

SEI LEHRLING UND SCHWEIGE...





DER SOZIALISMUS WIRD NICHT DURCH BEFEHLE VON OBEN GESCHAFFEN WERDEN. ER HAT NICHTS ZU TUN MIT DEM OFFIZIELLEN UND BIROKRATISCHEN AUTOMATISMUS. DER LEBENDIGE, SCHÖPFERISCHE SOZIALISMUS IST DAS WERK DER VOLKSMASSEN !

V.I. LENIN

Wir wollen mit dieser 1. Mai-Nummer der politischen Dokumente wieder die Gelegenheit ergreifen, einige Lehrsätze unserer Tätigkeit klarzustellen.

LEHRLINGE UND ARBEITER

Etliche der Lehrlinge, mit denen wir in Kontakt gestanden sind, haben inzwischen ihre Lehrabschlussprüfung bestanden. Es zeigt sich bei dieser Gelegenheit wieder, wie wichtig es ist, die Probleme der Lehrlinge nicht isoliert zu betrachten. Wie sollen diese Lehrlinge, die keine mehr sind, weiter politisch tätig sein? Indem sie weiter mit uns in Kontakt bleiben; indem sie weiter mit Lehrlingen diskutieren und zusammenarbeiten; indem sie diesen Lehrlingen schildern, wie es "nachher" ist.

Wir betonen nochmals, dass es zwischen Lehrlingen und Arbeitern keine wesentlichen Unterschiede gibt. Für beide sind die Probleme die selben. Für die Lehrlinge ist die Ausbeutung nur ein wenig deutlicher als für die Arbeiter, denen die Kapitalisten vorgaukeln, sie seien jetzt selbständig, "frei", "unabhängig" etc. Damit die Arbeiter diese Sprüche leichter annehmen, wird bewusst eine Trennung gemacht zwischen Lehrling und Arbeiter. Die Arbeitsbedingungen der Lehrlinge, der Lohn und die Behandlung des Lehrlings werden bewusst auf einem tiefen Niveau gehalten, damit dem Arbeiter die Lage nach der Lehre umso rosiger erscheint.

Betrachtet man aber die Situation der Lehrlinge im Hinblick auf die spätere Situation des Arbeiters, dann wird deutlich, dass beides dieselbe Situation ist. Die Aufgabe aller Arbeiter und Lehrlinge ist es deshalb, jede Spaltung und Trennung zwischen ihnen zu vermeiden. Der Kampf der Lehrlinge ist der Kampf der Arbeiter.

Die Kapitalisten unterstützen diese Trennung und Spaltung, weil sie dann leichter ausbeuten können. Viele Beispiele zeigen, dass die Unternehmer nichts so sehr fürchten, wie das Zusammengehen der Lehrlinge und die Kontakte zu den Arbeitern. Um diese Spaltungspolitik der Unternehmer bekämpfen zu können, ist es wichtig, dass die Lehrlinge schon sehr früh (ganz am Anfang der Lehre oder schon vorher) sich Klarheit darüber verschaffen, was ihnen in der Lehre und später im Beruf wartet.

ERSTENS ALSO MÜSSEN WIR GEGEN DIE KAPITALISTEN EINHEITLICH VORGEHEN UND UNS NICHT SPALTEN LASSEN .

SICH ORGANISIEREN

Unsere Erfahrungen haben uns gezeigt, dass viele Lehrlinge immer noch glauben, jeder müsse einzeln für sich arbeiten und Forderungen stellen. Solches Einzelvorgehen ist aber für den Einzelnen weniger erfolgreich und bedeutet für die anderen Kameraden ebenfalls eine Schwächung. Es ist eine Täuschung zu meinen, als einzelner Streber und Arschlecker komme man besser "vorwärts": man wird nur besser eingeseift und mit leeren Versprechungen abgespeist. Dabei sind die Interessen der Arbeiter gemeinsame Interessen. Wenn sie einzeln verfochten werden, so hat es der Kapitalist leicht, den einen gegen den anderen auszuspielen und so beide auszunützen.

Besonders für den Lehrling, der in unserer Berufsbildung völlig unselbstständig ist, ist das gemeinsame Vorgehen ausserordentlich wichtig. Wo ist denn die Interessensvertretung des Lehrlings? Etwa in der Lehrlingskommission? Soviel man weiss, hat es dort keine Lehrlinge, sondern nur Lehrer, Lehrherren oder Lehrmeister und ähnliches.

Das bedeutet nicht, dass nicht einzelne Lehrlinge in bestimmten Betrieben es besser haben. Das bedeutet nur, dass die Lehrlinge als Gruppe keine Rechte haben. Die Ausnahmen - denn es handelt sich nur um Ausnahmen - bestätigen die Regel.

Wenn also eine Organisation der Lehrlinge notwendig ist, so heisst das nicht, dass diese Organisation nur Lehrlinge umfassen soll oder sich etwa nur mit Lehrlingsfragen beschäftigen soll. Eine solche Organisation muss auch mit Arbeitern, Schülern und sogar Studenten zusammenarbeiten. Alle müssen voneinander viel lernen.

ZWEITENS ALSO MÜSSEN WIR UNS ORGANISIEREN

NICHT BITTIBÄTTI MACHEN, SONDERN KÄMPFEN

Sich zu organisieren genügt aber noch nicht. Wenn man sich nämlich nur organisiert, um einigen Funktionären die Möglichkeit zu geben, mit den Arbeitgebern zusammen grosses Gerede und grosse Festmale zu veranstalten, dann kann man sicher sein, dass die Interessen der Arbeiter nicht vertreten, sondern verkauft werden. Der Bauarbeiterstreik in Genf war wieder einmal ein Beispiel für diese Haltung. Dort hatte sich nämlich die Gewerkschaft (Schweizerischer Bau- und Holzarbeiterverband: SBHV) mit den Kapitalisten zusammengetan und sich entschieden gegen die Arbeiter, die nichts als die Erfüllung des Vertrags und menschenwürdige Unterkünfte forderten, gewendet. Wenn man sich demokratisch organisiert und die Macht nicht den Funktionären überlässt, ist man nämlich der Stärkere. Dann kann man die richtigen Forderungen aufstellen und auch durchsetzen. Genau wie der Streik in Genf gezeigt hat, wo die Arbeiter eine eigene Arbeiterkommission gewählt hatten.

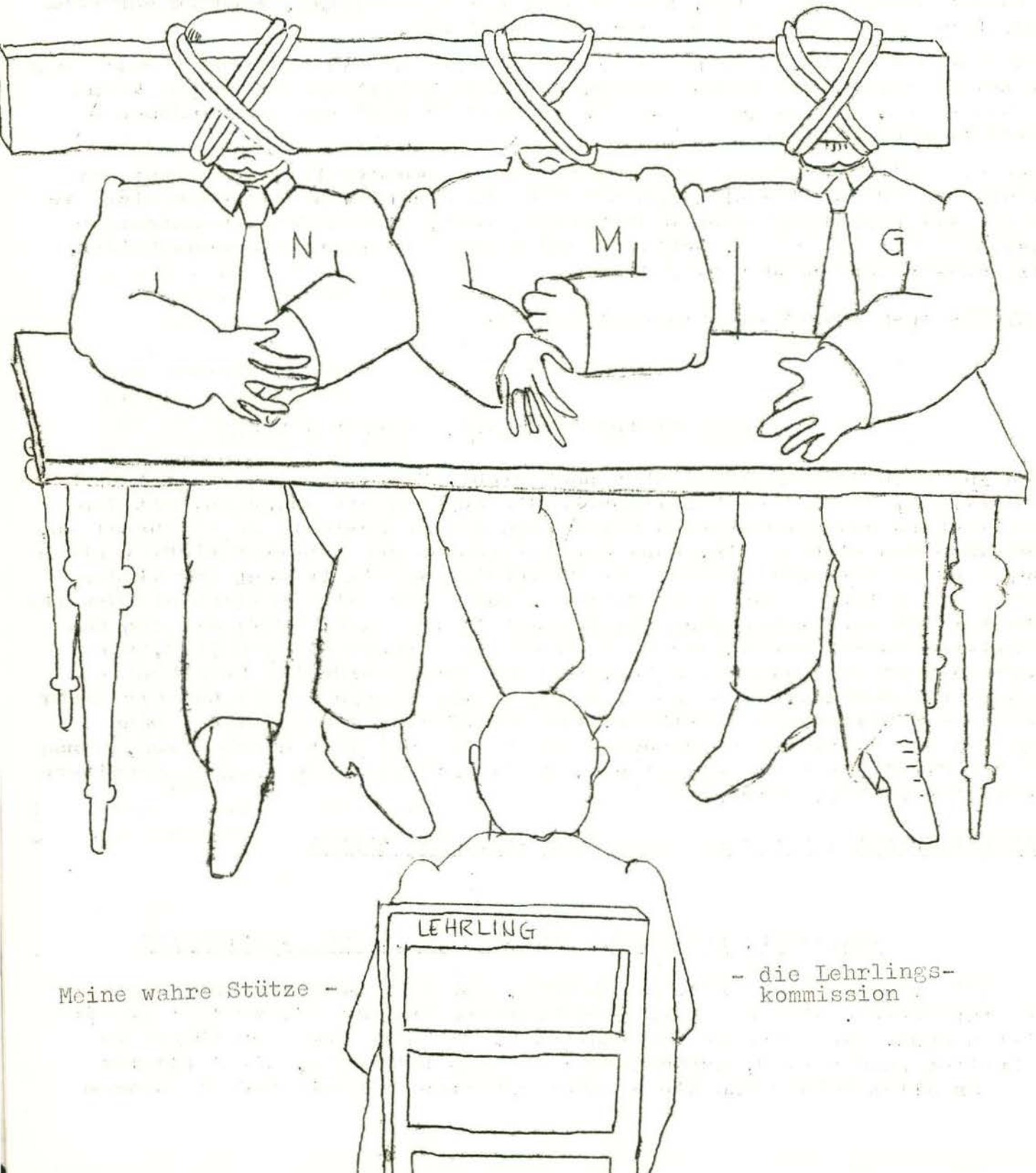
DRITTENS MÜSSEN WIR FÜR DIE ARBEITERINTERESSEN KÄMPFEN

ITALIENER, SCHWEIZER, SPANIER ALLE AUSGEBEUTET

Es scheint, dass einige Arbeiter meinen, der Herr Schwarzenbach vertrete ihre Interessen. Aber der Herr Schwarzenbach tut nur so, weil er es sich leisten kann, die falschen Informationen, die jahrelang vom Bürgertum verbreitet worden sind, auszunützen; er kann behaupten, die Italiener seien an allem Schuld und die Spanier arbeiten zu wenig und sie kennen

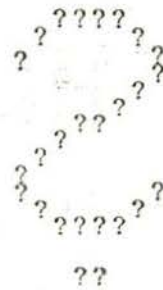
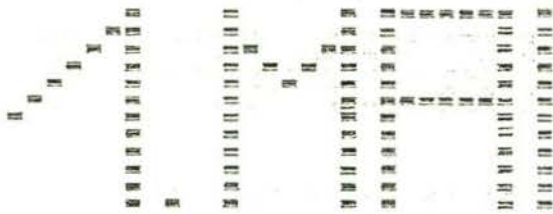
unsere Sitten nicht und noch viel mehr solchen Unsinn.
Seien wir uns doch im Klaren, dass die Massnahmen, die der Bundesrat
jetzt beschlossen hat, nur deswegen so leicht über die Bühne gehen
konnten, weil die ganze Oeffentlichkeit vom Gespenst Schwarzenbach
abgelenkt war. Der Fremdenhass von Schwarzenbach ist nichts anderes
als das Resultat der bürgerlichen Spaltungs- und Ausbeutungspolitik:
auf der einen Seite sagt man den Arbeitern, alles gehe so schlecht
wegen der Fremdarbeiter (Schulen, Verkehrsmittel, Einkauf, Wohnungen)
auf der anderen Seite kann man die Löhne drücken mit der Drohung,
man nehme halt billigere Arbeitskräfte. Das Resultat, also Fremden=
hass, vor dem nun selbst die Kapitalisten Angst haben, weil er ihnen
wirtschaftlich zu weit geht. Wie der Zauberlehrling, der die Geister,
die er rief, nicht mehr im Zaume halten kann.

VIERTENS MÜSSEN WIR INTERNATIONALE SOLIDARITÄT IM KAMPF GEGEN DIE
KAPITALISTEN ZEIGEN.



Meine wahre Stütze -

- die Lehrlings-
kommission



=====

Der 1. Mai wird von der Arbeiterschaft gefeiert als "Tag der Arbeit". Diese Feier hat ihren Ursprung im Jahre 1890, als an jenem 1. Mai eine Demonstration für den 8-Studentag stattfand. An späteren Gelegenheiten weitete sich dieser Tag aus zu Demonstrationen für den Weltfrieden und den Arbeiterschutz. Heute haben fast alle Arbeiter der Welt an diesem ihrem Tag frei. Das wurde durch die Arbeiterorganisationen erzwungen, denn die Arbeitsruhe ist die würdigste Form, diesen Tag zu begehen.

Für einen, immer wieder vergessenen grossen Teil der Arbeiter bedeutet dieser Tag jedoch nichts anderes als der gewohnte Arbeitsrhythmus, die gewohnte mühselige Arbeit. Es sind dies gerade die jüngsten und am schlechtesten bezahlten Arbeiter: die LEHRLINGE, die allen Grund hätten, mit ihren Forderungen am Umzug mitzumarschieren. Doch nein, sie müssen entweder zur Arbeit oder zur Schule.

Warum gilt für den einen nicht, was für den andern Recht ist?

Die Arbeiterschaft ist mehr oder weniger gut organisiert, die Lehrlinge hingegen überhaupt nicht. Somit können die Lehrlinge auch keine gemeinsamen Forderungen stellen und sind weiterhin dem "Wohlwollen" der Befehlenden (der Lehrmeister) ausgeliefert. Einige Lehrlinge haben dies gemerkt und sich zusammengeschlossen. Sofort versuchten die Bonzen in den Schulen und in den Betrieben, diese Lehrlinge "fertigzumachen". Ueberall hiess es, sie seien von "Moskau" oder von "Peking" angeheuerte und gesteuerte Drahtzieher und Wühlmäuse.

Die Lehrlinge sind aber nicht so dumm, dass sie solche Phrasen und haltlose Angriffe für bare Münze nehmen. Sie wissen, dass diese Bonzen nur versuchen wollen, eine Lehrlingsorganisation mit allen Mitteln zu zerschlagen. Eine Lehrlingsorganisation kann nämlich eine gewisse Macht erlangen, welche die Lehrlinge bisher noch nicht kannten: die Macht nämlich, über das e i g e n e Schicksal mitzureden.

Daher lautet unsere Parole für den ersten Mai:

"LEHRLINGE ALLER BERUFE - VEREINIGT EUCH!"

ENTSCHEIDUNG

Entschuldigung: betrifft den Morgen des 1.Mai 1970

Ohne zureichenden Entschuldigungsgrund darf keine Unterrichtsstunde versäumt werden.

Nirgends ist allerdings genau und einheitlich definiert, was man unter zureichend verstehen soll. Die Entscheidung darüber liegt einzig und allein bei den betreffenden Lehrern oder beim Gewerbeschuldirektor. Ausserdem muss jede Entschuldigung vom Inhaber der elterlichen Gewalt und vom Lehrmeister unterzeichnet werden.

Stehen diese Forderungen nicht in einem gewissen Widerspruch zu einem Staat, der immer wieder betont, die jungen Leute zu kritischem Denken und zu Selbständigkeit erziehen zu wollen?

Wenn ich nun am 1.Mai, dem Tag der Arbeiter, fehle, weil ich weiss, was dieser Tag für mich bedeutet, mache ich einen ersten Schritt zu diesem kritischen Denken und zu dieser Selbständigkeit. Ich verzichte deshalb auf eine Unterschrift meines Lehrmeisters und meiner Eltern.

NAME:

VORNAME:

KLASSE:

DATUM:

UNTERSCHRIFT:

4. Was würdest Du in Deinem Betrieb als erstes verbessern?

- Materielle Bedingungen (Löhne, Ferien, etc.)
- Arbeitsbedingungen (Betriebsklima, Behandlung durch Vorgesetzte, Freiheiten etc.)
- Ausbildung
-
-

Kommentar:

5. Welches könnten die ersten Forderungen einer Organisation sein, wie sie oben angetönt wurde?

- mehr Lohn
- mehr Ferien
- mehr Schulzeit
- Mitbestimmung der Lehrlinge in der Schule
- Mitbestimmung der Lehrlinge in der Lehrlingskommission
-
-

Kommentar:

6. Bist Du oder Dein Lehrmeister je mit einer Beschwerde an die Lehrlingskommission gelangt?

- Ja, ich Ja, mein Lehrmeister nein

Wenn ja, wie wurden diese Beschwerden behandelt?

Kommentar (Z.B. eigene Erfahrungen, Erfahrungen der Kameraden etc.)

7. Was hältst Du von der Arbeit der RSB?

Einzuschicken an Revolutionäre Sozialistische Bewegung (RSB)
Postfach 2084
3001 Bern 1

Eine Gruppe, die aus dem Berner «Forum politicum» hervorging, sich aber seither völlig selbständig entwickelte, ist die RSB, die «Revolutionäre Sozialistische Bewegung», erreichbar über Postfach 2084, 3001 Bern. Zuerst etwas wenig beachtet, weil sie sich bei «spektakulären Aktionen» in der Öffentlichkeit eher zurückhielt, entwickelte sie nach und nach eine Arbeitstechnik, die heute schon in der APO der ganzen Schweiz als eine Anregung zur «Grundlagenforschung» wirkt.

In ihrer ersten Veröffentlichung («Politische Dokumente 1») machte die RSB ihren Standpunkt klar: «Das Forum politicum ist also in eine Krise geraten. Es hat sich vor allem eine Gruppe von Ip-Mitgliedern gebildet, die sich entschieden von allen inneruniversitären Problemen und Problemen lösen und vor allem den Problemen der Lehrlinge, Arbeiter und Fremdarbeiter zuwenden will. Wir glauben dazu eine gute Organisation aufstellen zu müssen. Diese Gruppe besteht zur Hälfte aus Lehrlingen oder jungen Arbeitern und zur andern aus Studenten oder Ex-Studenten.»

Schon durch diese veränderte Zusammensetzung das Vertrauen von Lehrlingen in vermehrtem Masse genessend, begann der RSB seine nun erst die Öffentlichkeit langsam «aufschreckende» Laufbahn mit einem Fragebogen über die Lage der Lehrlinge. Dessen Verwertung liegt nun als «Politische Dokumentation 2» vor.

Beunruhigende Statistik

Ein unheimliches Ergebnis scheint die Häufung der Angaben, nach denen an sehr vielen Orten die Lehrlinge kaum in den Genuss des vielgerühmten «Abbaus der Arbeitszeit» kommen. Nur 38,7% der ausgewerteten Fragebogen bezeugen eine Arbeitszeit bis zu 44 Stunden! Ueber ein Viertel der jungen Menschen gab sogar an, über 49 Stunden wöchentlich arbeiten zu müssen — bei nicht weniger als 10,6% sollen es sogar 55 Stunden oder mehr sein.

Wohlverstanden, es handelt sich hier «nur» um die «normale Arbeitszeit», zu der sich an recht vielen Arbeitsplätzen noch Ueberstunden in offensichtlich fast unbeschränkter Anzahl gesellen können. 12% der Fragebogen behaupten, dass es sich dabei — im durchschnittlichen Wochenmittel — um 5—7 Stunden handle, bei 4% seien es 8—10 Stunden und bei 5,3% sogar 11 oder noch mehr. Nicht weniger als 26,7% aller Antwortenden gaben an, dass diese Mehrarbeit bei ihnen weder irgendwie bezahlt noch «kompensiert» würde...

Dies erscheint den forschenden RSB-Leuten und einem bedeutenden Teil der Lehrlinge vor allem im Verhältnis zum durchschnittlichen Lohn ziemlich bedenklich: Dieser beträgt nach den veröffentlichten Ergebnissen im ersten Lehrjahr durchschnittlich Fr. 95.70, im zweiten Fr. 137.60, im dritten Fr. 187.—, im vierten Fr. 287.—; wobei die Lohnspanne in diesen beiden letzten Jahren Fr. 90.— bis 420.— und Fr. 150.— bis 400.— beträgt.

Dass also eine lange Lehre, dies auch in der Zeit unseres angeblichen Wirtschaftswunders, für viele Eltern der jungen Menschen ein oft fast unerträgliches Opfer bedeuten muss, scheint aus diesen RSB-Zahlen

einzuleuchten. Nur 1,3% (!) der Befragten erklärten, eine nicht von ihren Eltern stammende Unterstützung, ein Stipendium, zu bekommen! 94,7% antworteten hier ausdrücklich mit «nein».

Ein Lehrling vom Lande schrieb: «Dazu kam, dass ich finanzielle Schwierigkeiten hatte. Zufälligerweise (!) hörte ich von sogenannten Lehrlingsstipendien. Das Interessante an diesen Stipendien ist nämlich, dass niemand weiss, dass es sie gibt. Mein erstes Gesuch wurde abgelehnt. Das zweite Gesuch wurde glücklicherweise kurz vor Lehrabschluss noch genehmigt.»

Schüler oder «Hilfsarbeiter»?

Der Hauptangriff der unzufriedenen Berner Lehrlinge richtet sich aber trotzdem weniger auf die Entlohnung und die Länge der Arbeitszeiten, als vielmehr immer wieder auf die «Nebensächlichkeit» ihrer eigentlichen Ausbildung. Schon bei der Zuweisung des Lehrplatzes — so empfinden viele der jungen Menschen — gehe es oft weniger um die Ergebnisse von «nichtsagenden Tests», also um die echte Erforschung von Begabung, sondern um die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. «Der Berufsberater wollte mir zuerst noch alle Berufe empfehlen, in denen offenbar Mangel an Lehrlingen herrschte», behauptet z. B. in der vorliegenden Dokumentation ein junger Graphiker.

Der gleiche Lehrling behauptet: «Meine Ausbildung konnte ich also nur noch in der Schule erhalten, die nach dem Reglement vorläufig nur als Ergänzung gedacht ist... Von den verschiedenen in diesem Beruf wichtigen Richtungen des Schaffens hörte ich nichts.» Ein Tiefbauzeichner schreibt: «Im Betrieb ist mir der Beruf verleidet.»

Ein Maschinenzeichner glaubt: «Man könnte die Lehre vielleicht dadurch verkürzen, dass man zwei Tage pro Woche in die Gewerbeschule gehen könnte. Ich glaube, dass in einem solchen Fall die vier Lehrjahre auf 2—3 Jahre verkürzt werden könnten.» Eine Vergolderin beklagt sich: «Man kann sich in unserer Branche nicht genügend ausbilden. Es gäbe etliche Fächer, die man im Lehrprogramm noch einführen sollte.» Und eine Innenausbauzeichnerin: «An der Prüfung werden Fächer verlangt, die wir ohne Abendkurse überhaupt nicht könnten.» Ein Koch findet kurz und bündig: «Zu wenig allgemeinbildende Fächer.»

RSB und die Folgen

Es ist verständlich, dass die RSB in ihren Dokumentationen über die eigene Wirksamkeit festzustellen vermag: «Ob eine Arbeit revolutionär ist, kann man zum Teil auch daran erkennen, dass die Hüter von Ruhe und Ordnung, die Unternehmer, Lehrer und Aufseher aller Art viel beunruhigter sind. Gegen Demonstrationen und vor allem gegen Einzelaktionen kann man ja ziemlich leicht vorgehen... Dazu kommt, dass man bei solchen (Polizei-)Aktionen mit der Unterstützung der sogenannten (weiten Bevölkerungskreise) (gegen die jungen Demonstranten) rechnen kann. Das Resultat ist, dass man isoliert und wirkungslos bleibt. Dagegen ist es viel schwieriger, gegen völlig legale Aktionen vorzugehen, denn diese liefern viel weniger Vorwände für ein Eingreifen... Revolutionär ist auch, wenn einen der Gegner nicht angreifen kann.»

Zeitung des Schweiz. Verbandes des Personals öffentlicher Dienste

Zürich, 27. März 1970

Staatsbürger- oder Untertanen-Unterricht?

Angesichts solcher «Zustände» ist es verständlich, dass mancherorts kaum etwas getan wird, um die offenbar wirtschaftlich so wichtige Arbeitszeit des Lehrlings durch Erweiterung seiner Bildung zu vertiefen. Die RSB stellt fest: «Es ist doch reine Selbsttäuschung, wenn von ‚vielfältigen Ausbildungsmöglichkeiten‘ und ‚Erweiterung der Allgemeinbildung‘ gesprochen wird angesichts der Tatsache, dass, was

als Staatsbürgerkunde bezeichnet wird, eine Stunde pro Woche ausmacht. An der Gewerbeschule gibt ein Lehrer Staatsbürgerkunde und Buchhaltung. Die beiden passen gut zusammen!»

Weiter wird festgestellt: «Dabei kommt es aber auf den Inhalt dieser Kurse an und nicht auf ihren Namen. Wir haben beispielsweise letztes Jahr den Staatsbürgerkunde-Unterricht an einigen Klassen der Gewerbeschule untersucht. Es dürfte schwierig sein, eine banalere,

nichtssagendere, leerere und formalistischere Darstellung der Institutionen, Parteien und der Politik zu geben. Dieser Unterricht ist in den meisten Fällen nichts anderes als eine Beruhigungsspielle.

Man erzählt, dass in der Bundesverfassung etwas von Gleichheit der Bildungschancen stehe und dass es in Wirklichkeit natürlich so sein müsse, wenn es doch in der Bundesverfassung stehe... Die Folgerung ist, dass ein Unterricht, der nur auf

die Form der Gesetze, der politischen Institutionen usw. eingeht, zu Desinteresse und Apolitismus führt; dass ein solcher Unterricht die Verdummung fördert und jede Kritik an der abweichenden Wirklichkeit als ‚unreif‘ erscheinen lässt.»

Freie Bildung als Vorrecht

Bei einer solchen Abrichtung — dies an der Stelle einer Erziehung zum denkenden, kritischen, bewussten Mitbürger! — ist es nur zu verständlich, dass zusätzlich alles getan wird, dass der Lehrling (wenn es ihm seine karge Freizeit noch bewilligt!), sein ihm vorenthaltenes Staatsbürgerwissen nicht doch noch irgendwo bei «unruhigen» Jugendgruppen nachhole.

Die RSB bringt da an sich erstaunliche Beispiele: «Im Lehrvertrag der Hasler AG steht es so: § 8... In Fällen, in denen der Lehrling nicht bei seinen Angehörigen wohnen kann, behält sich der Lehrherr vor, in der Wahl des Kostortes mitzubestimmen und über das aussergeschäftliche Verhalten der Lehrlinge eine Kontrolle auszuüben.' In § 9 heisst es weiter: ‚Es ist dem Lehrling ohne die schriftliche Bewilligung des Lehrherrn nicht gestattet, irgendeinem Verein oder ähnlicher Personenvereinigungen beizutreten.‘»

«Also nicht nur im Betrieb, sondern auch ausserhalb des Betriebes kann man dem Lehrling vorschreiben, was er zu denken hat, wie er sich zu verhalten hat, welchen Vereinen er beitreten darf und welchen nicht. Welche Verachtung spricht aus solchen Texten! Ebenso wie aus den Worten des Lehrers, der uns gesagt hat: ‚Was wollt ihr mit diesen Fragebogen: Die Lehrlinge sind doch viel zu dumm, um sie zu beantworten.‘»

Richtig weist die RSB-Bewegung zusätzlich zu solchen Untersuchungen auf die Tatsache hin, dass ja die meisten Lehrlinge aus Volksschichten stammen, denen schon durch die Vermögenslage ihrer Eltern jede Möglichkeit zum Aufstieg zu einer umfassenden Bildung versagt wurde: «Im Jahre 1959 betrug der Anteil der Arbeiterkinder an der Gesamtzahl: Von 1000 Kindern der Oberschicht gelangen 250, das heisst ein Viertel an die Uni; von 1000 Kindern der Mittelschicht 90, das heisst etwa ein Zehntel; von 1000 Kindern der Arbeiterklasse aber gelangen ganze sechs, das heisst etwa ein Zweihundertstel (!) an die Universität.»

Warum verteilt die R S B dieses Flugblatt ?

Einmal darum, weil wir Euch auf unsere Organisation, die Revolutionäre Sozialistische Bewegung, aufmerksam machen wollen.

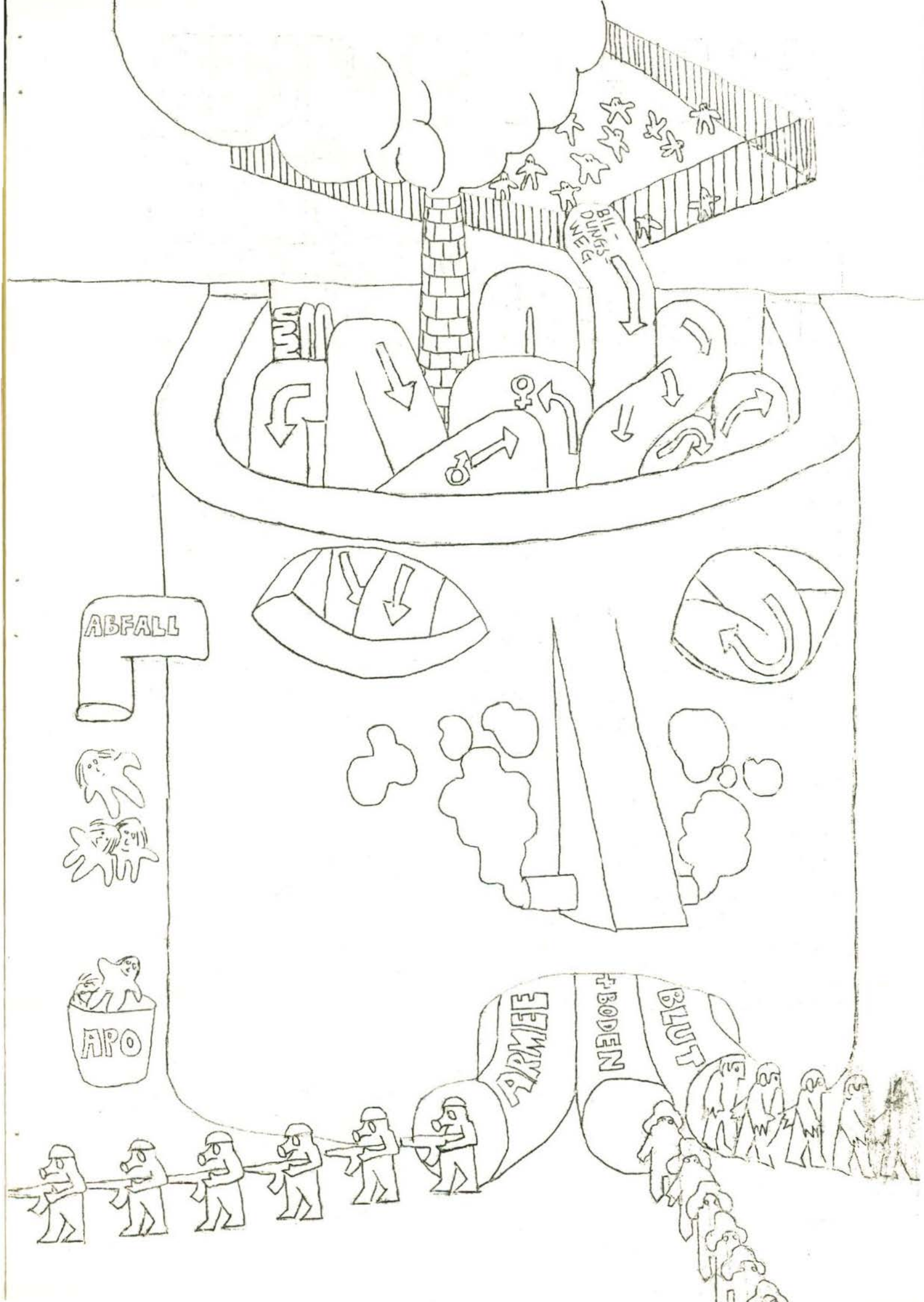
Wir sind eine Gruppe von Lehrlingen, jungen Arbeitern und Studenten, welche sich auch mit den Lehrlingsproblemen auseinandersetzt. So unter vielem anderen die Probleme der Löhne, der Ausbildung in Berufsschule und Betrieb, den Ferien usw. Es gibt viel zu kritisieren und zu verbessern. Damit diese Kritik und unsere Verbesserungsvorschläge gut sind und nicht im Sande verlaufen, sind wir auf möglichst zahlreiche Mitarbeit unter den Lehrlingen der verschiedensten Berufen angewiesen. Daher dieses Flugblatt. Die kleinen Ausschnitte aus Zeitungsartikeln der NZ und des VPOD-Dienstes geben einen, nur unvollständigen Ueberblick aus unserer bisherigen Arbeit. Wenn Ihr mehr wissen wollt und Euch für uns interessiert könnt Ihr unsere Politischen Dokumente 1, 2 und 3 bestellen und mit uns in direkten Kontakt treten.

Auch wenn es immer noch Lehrer an der Gewerbeschule geben sollte, welche uns mit viel Böswilligkeit und unhaltbaren Argumenten in den Schmutz ziehen wollen, ist das kein Grund sich in sein Schneckenhaus zurückzuziehen. Um sich eine eigene Meinung zu bilden, muss man immer beide Seiten so gut wie möglich kennen. Wenn Ihr also die Politischen Dokumente lesen wollt, mehr über uns zu wissen wünscht oder eine Kritik an uns habt, so schreibt uns an die unten angegebene Adresse. Wir beantworten jeden Brief so schnell wie möglich.

R S B

Revolutionäre Sozialistische Bewegung
" Lehrlinge "
Postfach 2084
3001 B E R N

eigendruck



BIL-BUNGS-ANLEGE

ABFALL

APO

ARMEE

BODEN

BLUT

ALLE ARBEITER SIND FREMDARBEITER

Der Streik in Genf

Kürzlich wurde in Genf gestreikt. 200 spanische Bauarbeiter gingen nicht mehr zur Arbeit. Sie wollten, dass ihnen die im Vertrag versprochenen Löhne ausbezahlt würden. Sie kämpften für anständigere Unterkünfte. Und sie wollten nicht jeden Tag vier Stunden ausserhalb der Arbeitszeit für die Fahrt zum Arbeitsplatz verlieren. Sie hatten es satt, wie Tiere behandelt zu werden: in jämmerlichen Baracken leben, 2 Duschen für 80 Personen, der Strom wird um 22 h ausgeschaltet. Mittagessen im Freien am Boden und im Regen. Um 5.00 h Tagwache, damit man um 7.00 h am Arbeitsplatz ist. Jede Lohntüte eine Ueberraschung: der Lohn entspricht nicht den in Spanien gemachten Versprechen. Von 10 Stunden werden nur 8 bezahlt. Von heute auf morgen kann es dem Patron einfallen, 12 Arbeiter nach Zürich oder 80 nach Uri wie Kühe zu verfrachten - all das, ohne je die Betroffenen auch nur zu fragen.

Ein "wilder" Streik

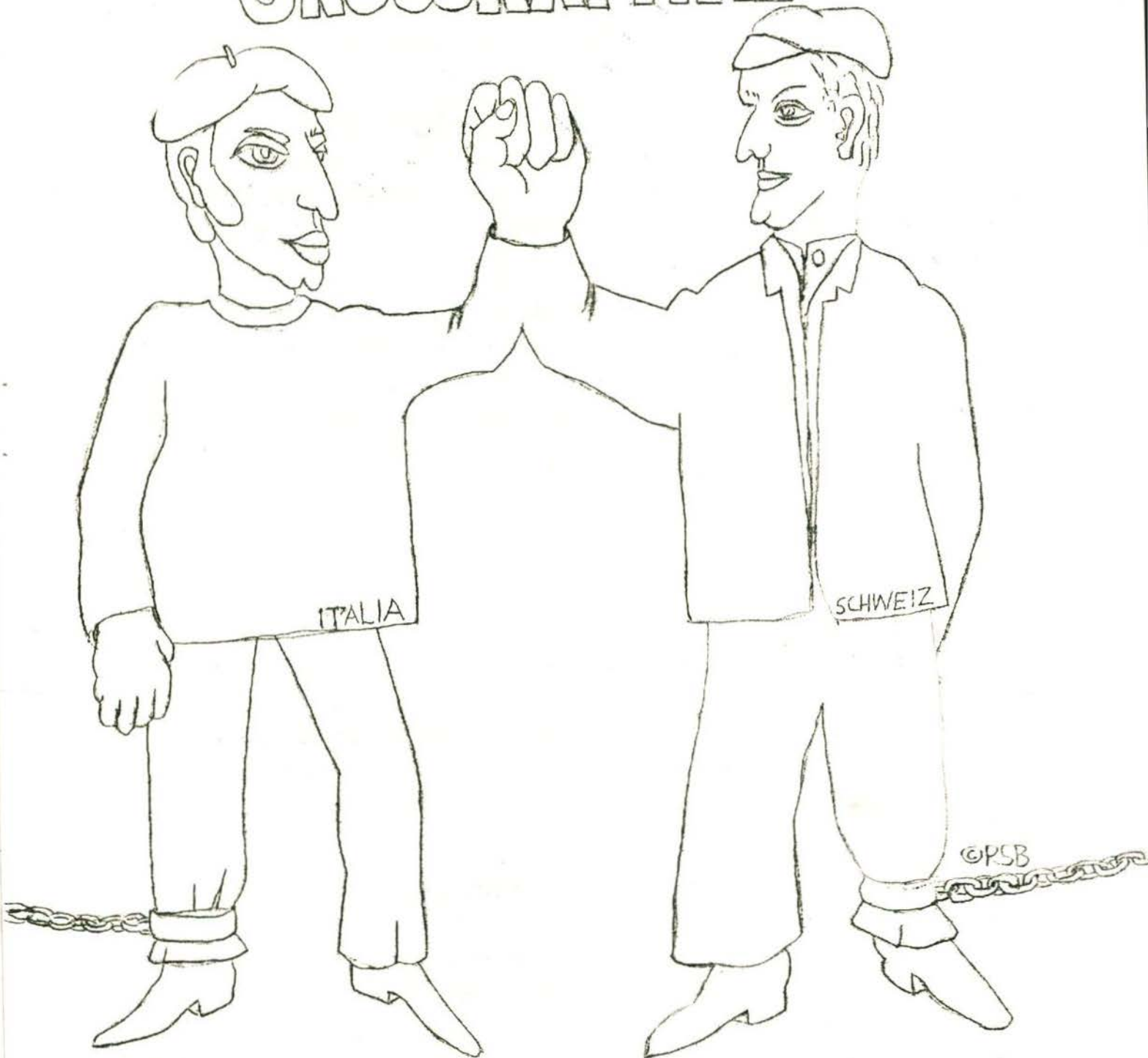
Die spanischen Arbeiter hatten es satt. Sie streikten eine Woche. Der Patron drohte, alle Streikenden zu entlassen. Die Fremdenpolizei drohte, alle an die Grenze zu stellen. Und die Gewerkschaftsbunzen wussten nichts besseres, als zu erklären, die Spanier seien halt erst seit kurzer Zeit in der Schweiz und hätten sich eben noch nicht an die neue Situation gewöhnen können. Ausserdem habe ja jeder ein Bett...

Die Gewerkschaft war nicht bereit, die Streikenden zu unterstützen. Es war also ein "wilder" Streik. Die Streikenden mussten sich selbst helfen. Sie wählten eine Arbeiterkommission, die mit dem Patron verhandeln und die Interessen der Streikenden vertreten sollte.

Solidarität mit den Streikenden

Ein grosses Problem war der Lohnausfall. Während des Streiks

KAMPF - GEMEINSCHAFT GEGEN SCHWARZENBACH UND GROSSKAPITAL



bekamen die Arbeiter natürlich keinen Lohn. Der Patron hoffte, dass die Arbeiter aus diesem Grund schnell wieder arbeiten würden. Und die Streikkassen der Gewerkschaft standen ja nicht zur Verfügung.

Aber siehe da! Plötzlich traf aus der ganzen Schweiz Geld ein. Tessiner Arbeiter und Studenten schickten 3000 Fr. Aus Basel kamen 1000 Fr. In Genf wurde Geld gesammelt und auch wir Berner konnten 1500 Fr. schicken. Italienische, spanische und schweizerische Arbeiter hatten begriffen, dass dieser Streik in Genf auch ihre Sache war.

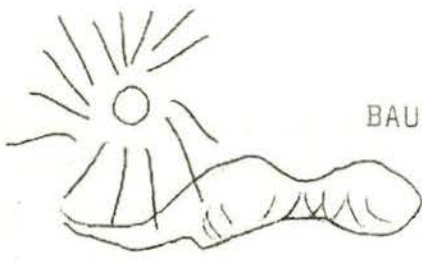
Ohne diese Solidaritätsspenden aus der ganzen Schweiz wäre wohl der Streik nicht so erfolgreich gewesen. Der Patron war gezwungen, allen Forderungen der Arbeiter nachzugeben und ihre demokratisch gewählte Arbeiterkommission als Verhandlungspartnerin zu akzeptieren.

Wenn die Gewerkschaft, wie kürzlich in Genf, gemeinsame Sache mit dem Patron macht, bleibt den Arbeitern nichts anderes übrig, als sich unabhängig von den Gewerkschaften zu organisieren. Die von den Arbeitern demokratisch gewählten Kommissionen und Räte in den Betrieben und auf den Bauplätzen werden die wirklichen Interessen der Arbeiterschaft besser und wirksamer vertreten, weil sie direkt von den Arbeitern eingesetzt und kontrolliert werden.

Einigkeit macht stark

Wieder einmal hat es sich erwiesen: nur wenn die Arbeiterschaft zusammenhält, ist sie in der Lage, dem Patron den Meister zu zeigen. Wenn die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen erreichen wollen, müssen sie zusammenhalten. Nur als Einheit werden wir wirksam gegen unsere Ausbeuter kämpfen können.

Das wissen die Patrons ganz genau. Darum haben sie jahrelang versucht, die Arbeiter gegen einander aufzuhetzen. Und es ist ihnen teilweise auch gelungen. Ein Patron braucht nur dem einen Arbeiter etwas mehr Lohn, eine weisse Schürze und einen Privatparkplatz vor dem Betrieb zu geben, und schon kommt dieser sich besser vor als alle anderen. Dabei hat er genau so wenig



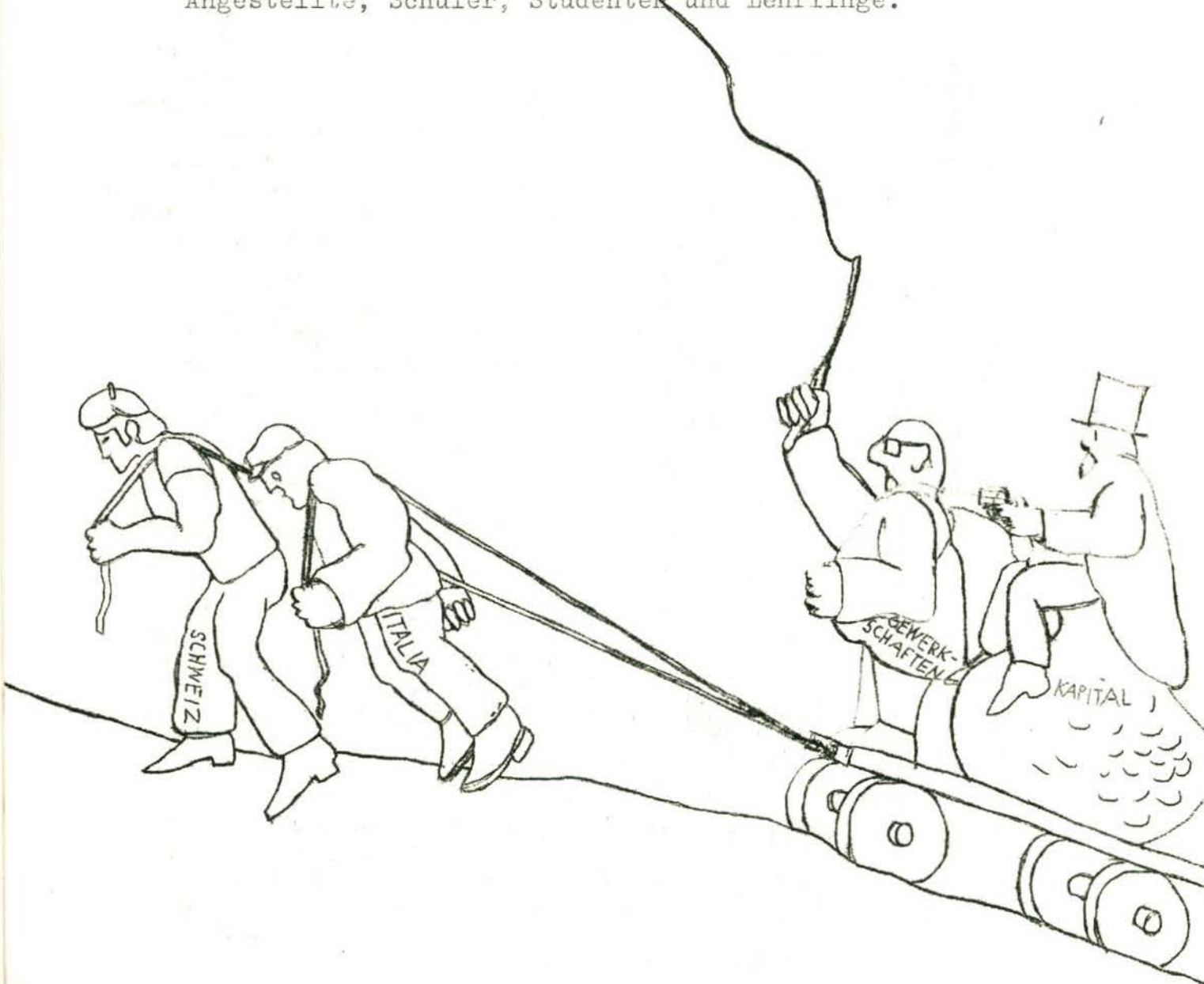
BAUARBEITERSTREIK IN GENÈVE 1970



©RSB

zu sagen und ist dem Patron genau gleich ausgeliefert wie die anderen. Dabei sind die Fremdarbeiter genau gleich Arbeiter wie die Schweizer. Und die Schweizer sind in der Fabrik genau gleich fremd wie die Fremdarbeiter. Denn die Fabrik gehört ihnen genau gleich so wenig wie den Fremdarbeitern. Und der Patron profitiert von ihrer Arbeit genau gleich wie von der Arbeit der Fremdarbeiter. Und wenn's dem Patron passt, dann entlässt er Schweizer genau gleich wie Italiener oder Spanier. So geschah es in Giubiasco, so wird es weiterhin geschehen.

Darum sind alle Arbeiter Fremdarbeiter. Darum müssen wir uns zusammenschliessen gegen jene, denen alles gehört und die von unserer Arbeit profitieren. Für die Rechte der Arbeiter, alle, Schweizer, Italiener und Spanier, Arbeiter, Hilfsarbeiter und Angestellte, Schüler, Studenten und Lehrlinge.



Guatemala : Terror + Wider- stand

In Guatemala wütet seit über 2 Jahren ein Bürgerkrieg ohne Front und Schützengräben, welcher die unmittelbare Folge der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den letzten 30 Jahren ist.

Bis 1944 beherrschten die Vereinigten Staaten das Land total. 95 % der Gesamtbevölkerung arbeitete bei der United Fruit Company oder bei Grossgrundbesitzern. 90 % aller Einwohner, deren Lebenserwartung 30 Jahre betrug, waren Analphabeten. 1945 kam es zum Sturz der alten Regierung. Es wurden einige Reformen durchgeführt, doch blieb es bei den alten, feudalistischen Besitzverhältnissen. Als die Regierung schliesslich auch noch eine bescheidene Landreform durchsetzen wollte, kam es zum offenen Konflikt mit der United Fruit. US-Aussenminister Dulles erklärte Guatemala zum kommunistischen Gefahrenherd und der Yankee-Geheimdienst CIA schleuste ein Söldnerheer in den mittelamerikanischen Staat ein. Die liberalen Reformer wurden abgesetzt und alle Ländereien gingen an die United Fruit Company zurück. Bis die USA 1966 "freie Wahlen" vorschlug, unter der Bedingung, dass sich die Linke nicht beteiligen durfte, regierten drei Diktatoren das Land.

Der Widerstand gegen die Unterdrücker wuchs und agitierte vor allem, nach dem Vorbild der cubanischen Revolution, bei den Bauern im Gebirge. Auch der rechtsextreme Terror wurde verstärkt. Grossgrundbesitzer gründeten zwei Organisationen, die "weisse Hand" und der "antikommunistische Bund". Mit der, von Yankee-Offizieren ausgebildeten und geführten Antiguerilla zusammen, wurden ca. 4000 Bauern und 100 Guerillos ermordet.

Seit 1944 änderte sich die soziale und wirtschaftliche Lage kaum. Noch immer sind es nur 2 % der Bevölkerung, welche 72 % des fruchtbaren Bodens besitzen; es gibt 60 % Analphabeten, das jährliche Durchschnittseinkommen beträgt 1000 sfr. und nur 10 % aller Einwohner sind wahlberechtigt. Die Widerstandsbewegung suchte nach neuen Wegen und Mittel um das Volk aus der Tyrannei zu befreien. Die Guerilla begann in den Städten zu agieren und mit der Waffe der Entführung prominenter politischer Persönlichkeiten zu kämpfen. Damit wird erreicht, dass die Regierungen etwas tun müssen, was sie nicht tun wollen, dass sie gedemütigt werden. Zudem wird ihre politische Schlagkraft geschwächt und die Guerilla bekommt ihre gefangenen und Folterungen unterzogenen Genossen frei. Bis heute sind die Forderungen der Guerillos bis auf zwei, drei Ausnahmen immer erfüllt worden. Beim deutschen Botschafter Karl von Spreiti änderte sich die Situation.

Die Regierung schien von allem Anfang an nicht bereit zu sein den Preis, die Freigabe von 17 politischen Gefangenen zu bezahlen. Sie unternahm im Gegenteil alles um das Leben Spreiti's zu gefährden. So wurden alle Strassen der Hauptstadt gesperrt und sämtliche Quartiere systematisch durchsucht. Die Armee unter

Oberst Arena Ososio übernahm die "Führung des Landes", bestrebt, unter allen Umständen die Guerillos zu finden, auch wenn man Spre-
ti opfern musste.

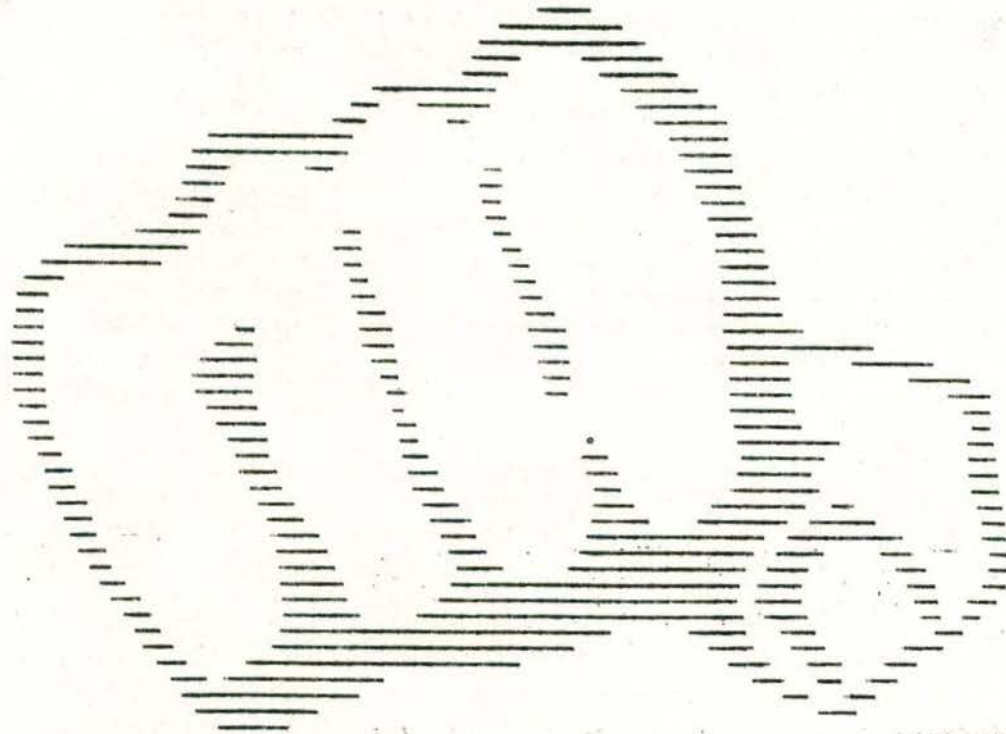
Die erste Frist der Entführer wurde dank der Vermittlung des päpst-
lichen Nuntius verlängert. Doch mit der Hinausschiebung stieg auch
der Preis auf 22 Gefangene und 700'000 US Dollars. In der Nacht
auf Montag veränderte sich die Lage schlagartig. Die Diktatoren
machten nun auch Jagd nach den jüngeren Priestern, welche als Un-
terhändler zwischen der Guerilla und dem Nuntius eingesetzt waren.
Weiter wurde gemeldet, dass in einem Gefängnis, 18 km ausserhalb
der Hauptstadt eine "Meuterei" ausgebrochen sei. Ein Gefangener
wurde erschossen, sechs weitere verletzt. Die Regierung versich-
erte sogleich nachdrücklich, dass der Vorfall nichts mit der Ent-
führung zu tun habe. Kurze Zeit danach wurde bekannt, dass zwei
der geforderten 22 politischen Häftlinge in jenem Gefängnis un-
tergebracht waren und dass der Tote "zufällig" einer der beiden
Guerillos war.

Nachdem sich diese Berichte bestätigten, beschlossen die Entfüh-
rer der Regierung noch 15 Minuten Zeit zu geben, um ihre sture
Haltung aufzugeben. Die Diktatoren ihrerseits blieben unnachgie-
big und wurden so zu den Hauptschuldigen am Tod des deutschen Bot-
schafers.

Hätten die Widerstandskämpfer ihre Drohung fallen gelassen und
Spre-
ti freigegeben, hätten sie politischen Selbstmord begangen.
Man kann den Guerillos höchstens den Vorwurf machen, den "poli-
tischen Marktwert" Spre-
ti's unterschätzt zu haben. Dass mit einem
US-Botschafter oder einem guatemaltekischen Regierungsmitglied
die Sache anders gelaufen wäre, ist kaum zu bezweifeln.

Nach dem Tod Spre-
ti's erklärte ein Militärsprecher: "Es ist nicht
auszuschliessen, dass das Regime jetzt unter den gefangenen Ge-
nos-
sen der Guerilla Vergeltungsakte praktizieren wird". Diese be-
gannen schon vor dem Tod Spre-
ti's mit der Erschiessung eines ge-
forderten Häftlings und wurden durch die Ermordung eines Gewerk-
schaftsführers fortgesetzt. Dieser wurde von der rechtsextremen
Terrorbande "weisse Hand" brutal misshandelt und anschliessend
erwürgt. Aus einer Reuter-Agenturmeldung geht hervor, dass "im
Zuge der politischen Nachforschungen nach den Entführern etwa
300, zum Teil prominente Personen verhaftet wurden. Unter ihnen
sollen sich zahlreiche Studenten befinden". Der offizielle Pro-
test der Regierung in Bonn durfte nicht publiziert werden.

Die Völker der dritten Welt können all der Gewalt, welche gegen
sie angewandt wird, nicht mit Gewaltlosigkeit und Sanftmut begeg-
nen, sie müssen zur Gegengewalt greifen. Auch wenn den kapitalis-
tischen Staaten mit den USA an der Spitze jedes Mittel Recht ist,
um ihre Stellung als Ausbeuter zu behalten und ihre Profitgier zu
befriedigen, kommen wir kaum an der Tatsache vorbei, dass die Ver-
damnten dieser Erde erwacht sind, dass die "2,3 viele Vietnam"
Che Guevara's unabwendbar und dass noch mehr Cubas folgen werden.
Der Aufstand der unterdrückten Völker in der Welt kann nicht mehr
aufgehalten werden, auch wenn es noch lange dauern sollte, bis
die letzten Tyrannen verschwunden sind. Eines Tages werden sie ih-
ren Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit gewonnen haben.



LEHRLINGE VEREINIGT EUCH!

WER SICH FUER WEITERE INFORMATIONEN DER RSB, FUER UNSERE POLITISCHE ARBEIT ODER FUER ENGERE KONTAKTE MIT UNS INTERESSIERT, SOLL UNS DEN NACHFOLGENDEN ABSCHNITT EINSENDEN

Ich interessiere mich für:

- Informationen der RSB
- Eventuelle Mitarbeit in der RSB

Name Vorname Beruf

Jahrgang Adresse

Unterschrift

Bemerkungen:

Einsenden an: RSB Postfach 2084 3001 Bern

DIE INTERNATIONALE

1. Wacht auf, Verdamnte dieser Erde, die stets man noch zum Hungern zwingt. Das Recht wie Glut im Kraterherde nun mit Macht zum Durchbruch dringt. Reinen Tisch macht mit dem Bedränger. Heer der Sklaven, wache auf! Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger. Alles zu werden, strömt zu Hauf!

Refrain: Völker, hört die Signale! Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht. Völker, hört die Signale! Auf zum letzten Gefecht! Die Internationale erkämpft das Menschenrecht.

2. Es rettet uns kein höh'res Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun. Leeres Wort: des Armen Rechte! Leeres Wort: des Reichen Pflicht! Unmündig nennt man uns und Knechte, duldet die Schmach nun länger nicht!

Völker, hört die Signale! usw.

3. Gewölbe, fest und stark bewehret, die bergen, was man dir entzog. Dort liegt das Gut, das dir gehört und um das man dich betrog. Ausgebeutet bist du worden, ausgesogen stets dein Mark. Auf Erden rings, in Süd und Norden, das Recht ist schwach, die Willkür stark.

Völker, hört die Signale! usw.

4. In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute, wir sind die grösste der Partei'n. Die Müssiggänger schiebt beiseite: Diese Welt muss unser sein! Unser Blut sei nicht der Raben und der mächt'gen Geier Frass. Erst wenn wir sie vertrieben haben, dann scheint die Sonn' ohn' Unterlass.

Völker, hört die Signale! usw.

